

**Antrag**

Fraktion der SPD

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,  
Ursprungsinitiator: Fraktion der SPD

Beratungsfolge:

10.12.2008 BVV

BVV/20/VI

**Betreff: Soziale Sanierungsziele sichern - Mieter schützen!**

**Die BVV möge beschließen:**

Die BVV ersucht das Bezirksamt bis zur 25. Tagung der BVV zu folgenden Themen zu berichten:

**A. mietpreisgebundene Wohnungen und soziale Sanierungsziele in den Sanierungsgebieten**

- Anzahl der mietpreisgebundenen Wohnungen in den 7 Sanierungsgebieten - Auflistung pro Sanierungsgebiet, möglichst mit Angabe der Zimmer pro geförderter Wohnung
- Angabe welche Förderprogramme für mietpreisgebundene Wohnungen eingesetzt wurden und in welcher Höhe - Auflistung pro Sanierungsgebiet
- Angaben zur Eigentümerstruktur der geförderten Wohnungen (Städt. Wohnungsbaugesellschaft, Genossenschaft, Mieter-GbR, Hauseigentümer, Eigentümer von Eigentumswohnungen)
- Auflistung pro Sanierungsgebiet, in welchen Jahren die Mietpreisbindungen aufgrund der in den Förderverträgen bzw. -bescheiden getroffenen Regelungen auslaufen
- Angaben zur Entwicklung der Höhe der Mietpreise und zur Zahl der Mieterwechsel in den Wohnungen mit Mietpreisbindung
- Erläuterung, wie die Kontrolle der Belegungsbindung erfolgt, welche Kosten damit für den Bezirk verbunden sind und wie diese Kosten gedeckt werden

**B. Eigentumswohnungen und Eigenbedarf**

- Falls dazu Angaben vorhanden sind, Angabe der vermieteten Eigentumswohnungen bei denen Eigenbedarfskündigungen ausgesprochen wurden bzw. Angaben wann wie viele Eigentumswohnungen aus der in Pankow geltenden Schutzfrist von 7 Jahren herausfallen

**C. Sozialplanverfahren**

- Angabe, wie viele Wohnungen mit Mietpreisbindungen durch Sozialplanerverfahren nach Auslaufen der pauschalen Mietobergrenzen durch Verträge gesichert werden konnten (absolut und prozentual bezogen auf die
- Zahl der betroffenen Mietparteien)
- Angaben zur Laufzeit der Verträge bzw. der Regelung der Miethöhen sowie Angaben zu den vereinbarten Miethöhen

**D. Folgeabschätzung und Handlungsmöglichkeiten für das Bezirksamt**

- Prognose welche Effekte durch ein Auslaufen der Mietpreisbindungen auf den Wohnungsmarkt in den sieben Sanierungsgebieten ausgelöst werden
- Darstellung der Handlungsmöglichkeiten des Bezirksamtes nach Auslaufen der Bindungsfristen für geförderte Wohnungen einer drohenden drastischen Mietpreissteigerung entgegen zu wirken, z. B. Klärung der Frage, ob der Bezirk Ausgleichsbeträge gegen Verlängerung der Mietpreisbindung erlassen kann.

Berlin, den 02.12.2008

Einreicher: Fraktion der SPD

gez. Roland Schröder – gez. Klaus Mindrup

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

\_\_\_\_\_ beschlossen  
 \_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
 \_\_\_\_\_ abgelehnt  
 \_\_\_\_\_ zurückgezogen

<u>Abstimmungsverhalten:</u>	
_____	EINSTIMMIG
<b>x</b>	<b>MEHRHEITLICH</b>
_____	JA
_____	NEIN
<b>1</b>	<b>ENTHALTUNGEN</b>

**x** \_\_\_\_\_ überwiesen in den Ausschuss für  
 \_\_\_\_\_ zusätzlich in den Ausschuss für  
 \_\_\_\_\_ und in den Ausschuss für

\_\_\_\_\_ Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

federführend

### **Begründung:**

Steigende Mieten und steigenden Nebenkosten haben in den letzten Monaten zu einer Wiederbelebung der Diskussion um den Schutz der Mieterinnen und Mieter in Berlin geführt. Die Gründerzeitquartiere des Prenzlauer Berg sind besonders stark von Mietpreissteigerungen betroffen. Öffentlich geförderte Wohnungen sind ein öffentliches Gut mit dem sorgsam umgegangen werden muss. Soziale Sanierungsziele und Sozialpläne dienen dem Schutz der sanierungsbetroffenen Bevölkerung und müssen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

Vor diesem Hintergrund will die SPD mit diesem Berichtsauftrag eine sachliche Grundlage für zukünftiges Verwaltungshandeln zum Schutz der Mieterinnen und Mieter schaffen und für eine dringend notwendige Sensibilisierung in Verwaltung, Gesellschaft und Politik sorgen.

### **Begründung des Ausschusses:**

Die Thematik wurde im Ausschuss sehr ausführlich diskutiert. Dabei wurden die unterschiedlichen Teilbereiche des Antrages durchaus unterschiedlich gesehen. Grundsätzlich sprach sich kein Ausschussmitglied gegen den Antrag aus. Die von einigen Mitgliedern empfundene Detailgenauigkeit wurde hingegen als unangemessen bezeichnet.

Die Linkspartei legte einen Änderungsantrag vor, der für die Ausschussmehrheit eine zu starke Verkürzung darstellte und zu viele Detailfragen offenließ. Außerdem wurde bemängelt, dass dem Änderungsantrag der Punkt D des Ursprungsantrages gänzlich fehlt. Die Kontrolle der belegungsgebundenen Wohnungen und die Sicherung der Sanierungszeile werden auch von der Landesregierung als wichtige Ziele gesehen. Hinter die Landespolitik zurückzufallen war dementsprechend für die Ausschussmehrheit nicht plausibel. Der Änderungsantrag wurde mit einer knappen Mehrheit abgelehnt.

### **Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:**

Ja:	5
Nein:	6
Enthaltungen:	0

Die abschließende Abstimmung brachte eine Mehrheit für den Ursprungsantrag. An dieser Abstimmung nahm ein Ausschussmitglied nicht teil. Zuvor wurde das Berichtsdatum auf die 25. Sitzung der BVV geändert.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	6
Nein:	2
Enthaltungen:	2